



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Umweltausschusses der Stadt

Landau in der Pfalz

am Mittwoch, 04.11.2020,

Kulturzentrum Altes Kaufhaus, Rathausplatz 9

Beginn: 17:00

Ende:



Anwesenheitsliste

Bündnis 90/Die Grünen

Jennifer Follmann

Bruno Sebastian Leiner

Kim Neumann

CDU

Georg Schmalz

Dr. Thorsten Sögding

Susanne Burgdörfer

SPD

Paule Albrecht

Dr. Saskia Scholten

Armin Schowalter

FWG

Markus Münch

AfD

Hermann Eichhorn

FDP

Bernhard Lelle

Die LINKE

Philipp Steiner

Pfeffer und Salz

Inge Fichtmüller



beratendes Mitglied

Leon Saling

Dr. Martin Schröder

Beigeordnete/r

Lukas Hartmann

Berichterstatter

Matthias Doll

David Elsässer

Sabine Klein

Irmgard Weis

Sonstige

Dirk Gerling

Reinhold Hörner

Dr. Thomas Weilh

Schriftführer/in

Henrik Hamm

Entschuldigt

Bündnis 90/Die Grünen

Oliver Lösch



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Pestizidfreie Kommune; Gespräch mit dem Bauern- und Winzerband Rheinland-Pfalz Süd
3. Verpflichtung eines neuen Ausschussmitgliedes
4. Betriebsantrag des Forstes für das Haushaltsjahr 2021
Vorlage: 230/430/2020
5. Sachstand Ostpark
6. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Es wurden keinerlei Fragen gestellt. Eine Einwohnerfragestunde fand somit nicht statt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Pestizidfreie Kommune; Gespräch mit dem Bauern- und Winzerband Rheinland-Pfalz Süd

Pestizidfreie Kommune; Gespräch mit dem Bauern- und Winzerband Rheinland-Pfalz Süd

Vom Bauern und Winzerverband Rheinland-Pfalz waren Herr Gerling, Herr Juncker und Herr Hörner anwesend und bezogen Stellung zu dem Thema Pestizidfreie Kommune.

Die Vertreter des Bauern und Winzerverbandes führten folgendes aus:

Der überwiegende Teil der Landwirtschafts- und Weinbaufläche würde konventionell bewirtschaftet werden. In der Vergangenheit wäre bereits auf minimale Pestizid-Rückstände geachtet worden, ebenso auf die Verträglichkeit der Mittel für Tiere sowie den Artenschutz.

Der Begriff Pestizide beträfe alle Pflanzenschutzmittel. Pestizide würden Fungizide, Insektizide, Herbizide und Akarizide beinhalten. Wenn auf alle Pestizide verzichtet würden, bestünde keine Möglichkeit mehr die Flächen zu bewirtschaften. Beim Seiten- und Steilhang könne man unweigerlich nicht auf Herbizide verzichten.

Wenn auf Öko-Weinbau umgestellt werden würde, sei das Problem, das man Kupfer verwenden müsse (3kg pro ha und Jahr wären erlaubt). Das schlechte sei daran, dass sich Kupfer nicht abbauen würde. Man könne Pflanzenschutzmittel einsparen, jedoch nicht komplett drauf verzichten. Ohne Pflanzenschutz gäbe es z.B. keine makellosen Äpfel. Es müsse auch das Verständnis der Bürger für diese Produkte geben. Die Wirtschaftlichkeit bei den Betrieben müsse erhalten bleiben.

Der Vorsitzende führte aus, dass z.B. bei der Fläche D12 oder auch bei Neubaugebiete in den Stadtdörfern immer mehr Landwirtschaftsfläche verloren ginge. Dies führe für die Bauern und Winzer zu einer Flächenverknappung, die Berufsgruppen sind allerdings auf die Fläche angewiesen.

Die Gäste vom Bauern und Winzerverband berichteten, dass der Kreis Südliche Weinstraße eine Weinfläche von 13.500 ha Weinberge habe. Wenn alle diese Weinberge biologisch angebaut werden würden, würde jedes Jahr 40 Tonnen reines Kupfer auf die Weinberge ausgebracht werden. Dies würde u.U. dazu führen, dass dieses Kupfer auch über den Regen in die Bäche und Flüsse gelangen würde. Die Vertreter des Bauern und Winzerverband führten weiterhin aus, dass es aus deren Sicht diesbezüglich besser wäre, wenn sich ein Fungizid wieder abbaut, anstatt Kupfer in das Wasser gelangt.

Ratsmitglied Herr Leiner gab an, dass er beim damaligen Antrag von Pfeffer und Salz schon angesprochen hätte, dass seine Fraktion es kritisch sehen würde, das komplette Gebiet Pestizidfrei zu machen. Wenn ein Pestizidverbot erfolgen würde, sollte nur auf chemische synthetische Pestiziden verzichtet werden. Bei den wenigen Flächen, die die Stadt verpachtet, sollten die Winzer, welche auf eine ökologische Bewirtschaftung ausgelegt sind, bevorzugt werden.



Ratsmitglied Herr Münch, der selbst ein Weingut betreibt, stimmte Herrn Hörner zu, dass es nicht immer machbar sei auf Herbizide zu verzichten. Bezüglich des Vorschlages von Herrn Leiner, Winzer mit ökologischer Bewirtschaftung vorzuziehen, könne er nicht mitgehen. Dies vor allem, weil die Winzer im Ort meist Ihre Betriebe vergrößern wollen, und man die Fläche daher „im Ort lassen soll“.

Ratsmitglied Frau Fichtmüller wollte wissen wie viel Fläche ein Betrieb benötigt und wie viel Fläche die Stadt als Weinbergsfläche verpachtet.

Der Vorsitzende stellte klar, das 10-15 ha für einen Betrieb notwendig sind. Es stehen bei der Stadt ca. 24ha in Verpachtung.

Frau Weis (Liegenschaftsabteilung) merkte an, dass bei der Stadt aktuell insgesamt über 700 Pachtverträge vorliegen.

Herr Hörner vom Bauern und Winzerverband Rheinland-Pfalz führte aus, dass Winzerbetriebe 20 ha Fläche aufwärts benötigen würden, wenn diese in Zukunft noch bestehen sollen.

Ratsmitglied Herr Leiner meldete sich nochmals zu Wort, er stimmte Herrn Münch zu. Man sollte zuerst den ortsansässigen Betrieben die Fläche anbieten. Man müsse auch berücksichtigen, dass viele Flächen mit langjährigen Pachtverträgen gepachtet sind. Selbst wenn die Pestizidfreie Kommune beschlossen werden würde, könnte Pestizidfreiheit nicht von heute auf morgen gefordert werden. Die Pestizidfreiheit wäre ein langjähriger Prozess. Nur Schrittweise könnte man zum gewünschten Ergebnis gelangen.

Herr Gerling vom Bauern und Winzerband wies darauf hin, dass eine Lösung für alle Betriebszweige gefunden werden müsse, die hier in der Region wirtschaften. In den normalen Jahren arbeiten würde integriert gearbeitet, d.h. nur noch bei Indikation würden überhaupt Pflanzenschutzmittel zu Hilfe genommen. Ansonsten würden Pestizide in vielen Jahren auf ein absolutes Minimum reduziert. Am Ende sollte die Stadt Landau nicht eine Betriebsphilosophie als die wirkliche Philosophie für die Zukunft vorgeben. Damit würde die Stadt einzelne Betriebe in Ihrer Entwicklung beschneiden.

Ratsmitglied Herr Münch geht davon aus, dass diejenigen die den Antrag gestellt haben vielleicht gar nicht genau wussten, um was es in der Gesamtheit geht. Denn er denkt, dass es eher um ein Verbot von Herbiziden handelt.

Herr Leiner erkundigte sich nach den Pachtverträgen, bei denen es üblich sei, 20-25Jährige Pachtverträge abzuschließen, da pro ha Weinbergs- Neuanlage unter Umständen rund 20.000 € aufzuwenden wären. Es müsse auch eine Rentabilität geschaffen und für den Winzer gesichert sein. Aus diesen Gründen würde die überwiegende Anzahl der Winzer langjährige Pachtverträge abschließen

Ratsmitglied Frau Fichtmüller stellte klar, dass der Antrag von der Fraktion Pfeffer und Salz vor einem Jahr gestellt wurde. Dieser Antrag bestand aus zwei Teilen. Ein Teil bezog sich auf das Innerstädtische Grün, der nun diskutierte Bereich sei der zweite Teil und bezieht sich auf die verpachteten Flächen. Anträge auf Pestizidfreie Kommune wären nicht ganz neu, solchen Vorhaben hätten sich schon ganz viele Kommunen in Deutschland angeschlossen, jedoch habe Sie bisher keine Weinbaugemeinde gefunden.



Die Fraktion wolle den Antrag nicht im „Hau Ruck“ Verfahren umsetzen, sondern langsam mit vielen kleinen Schritten.

Der Vorsitzende erinnerte an den Prozess:

Es bestand bei der Fraktionsabfrage eigentlich eine Mehrheit, was zunächst einmal die Ausgangslage darstellt. Inzwischen besteht Einigkeit, dass nicht von heute auf morgen und nicht im „Hau Ruck- Verfahren“ gearbeitet werden soll. Vielmehr soll gemeinsam überlegt werden, was ein guter Weg wäre. Des Weiteren gibt es unterschiedliche Abwägungen, die getroffen werden müssten. Wohlwissend, dass die heute vorgetragenen Argumente eine Sicht der Dinge ist und dass es auch eine andere Sicht der Dinge gibt. Diese andere Sicht würde in einer weiteren Sitzung nochmals diskutieren werden.

Herr Juncker vom Bauern und Winzerverband Rheinland-Pfalz gab an, dass es sich nach seiner Wahrnehmung weitgehend um Herbizide, also speziell um Glyphosat drehen würde. Auf Glyphosat würden schon die meisten Winzer verzichten, dies wäre das kleinere Problem. Aber generell Pestizidfrei wäre aus seiner Sicht problematisch, wobei im Endeffekt das Produkt im Vordergrund steht, was auch eine gewisse Wertigkeit benötigen würde. Auf der anderen Seite müsse man umdenken, wie vom Vorsitzenden bereits angesprochen. Schlussendlich würde das Produkt mehr kosten, weil es intensiver bearbeitet werden müsse, um dieses Produkt letztendlich zu ernten. Daher müsse auch in der Gesellschaft ein Umdenken stattfinden. Wenn andere Produktionsweisen gewünscht wären, müsse man auch bereit sein mehr für diese Produkte auszugeben.

Herr Hörner vom Bauern und Winzerverband Rheinland-Pfalz gab an, dass er in seinem Betrieb auch Glyphosat in ganz geringen Mengen benutzen würde, manchmal gäbe es Situationen, in denen dies erforderlich wäre. Nach Möglichkeit sollten die Landwirte und Winzer selbstständig darauf achten, dass Sie ihre Fläche herbizidfrei bewirtschaften. Dies ginge allerdings nicht jedes Jahr. Es müsse ein gesunder Mittelwert gefunden werden, dann wäre schon viel gewonnen.

Der Vorsitzende leitete das Ende des Tagesordnungspunktes ein. Er gab einen Ausblick auf die nächste Sitzung, in welcher andere Gesichtspunkte dargestellt und beleuchtet werden könnten. Hierbei würden klare wissenschaftliche Belege vorgetragen werden, auch im Hinblick auf die Insektensterblichkeit. Damit besteht die Möglichkeit alle Seiten aufzuzeigen und deren Argumente abzuwägen. Dann müsse die Politik entscheiden. Er bedankte sich bei den Gästen und stellte in Aussicht, dass man vor der Entscheidung nochmals gemeinsam ins Gespräch kommen sollte.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Verpflichtung eines neuen Ausschussmitgliedes

Der Vorsitzende informierte dem noch nicht verpflichteten Ausschussmitglied, Herrn Steiner, über die Rechte und Pflichten. Im Anschluss daran wurde Herr Steiner als Ausschussmitglied verpflichtet. Aufgrund der Corona- Situation wurde auf den obligatorischen Handschlag verzichtet..



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Betriebsantrag des Forstes für das Haushaltsjahr 2021

Frau Abel erläuterte die Sitzungsvorlage der Liegenschaftsabteilung vom 24.09.2020, auf die hingewiesen wird.

Der Vorsitzende fügte an, dass es hoffentlich für jeden ökonomisch ersichtlich sei, dass es kein guter Zeitpunkt sei, mehr Holz zu schlagen. Die Stadt müsse erkennen, dass der Holzeinschlag kein „Plusbringer“ mehr darstellt, wie es viele Jahre war. Als Teilmaßnahme für die Klimaanpassung und Klimaschutz müsse man bereit sein ein Defizit in der Planung hinzunehmen. Wenn dieser Weg nicht gegangen werden würde, würde die Lage noch schlimmer werden.

Ein weiterer Punkt waren die Jagdpachten. Zukünftige Jagdpachten würden so gestaltet werden, dass noch Zugeständnisse bei der Pachthöhe gemacht werden könnten -wenn entsprechend erfolgreich Gejagt wurde-. Die erfolgte vor dem Hintergrund, dass die Schäden bei nicht erfolgreicher Jagd im Stadtwald erheblich höher liegen würden, als die Jagdpachten die entrichtet werden.

Ausschussmitglied Herr Dr. Sögdling begrüßte die Vorgehensweise bei der Waldbewirtschaftung. Er wäre auch schon bei einigen Waldbegehungen mit dabei gewesen und stellte ebenfalls fest, dass unser Wald in einem sehr schlechten Zustand wäre. Dementsprechend würde auch die CDU Fraktion die Vielfalt im Wald mit einheimischen Bäumen dazustellen begrüßen und könne nur Lob für die Arbeit des Forstamtes aussprechen.

Im Anschluss beschloss der Unterausschuss einstimmig nachfolgenden

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt den Betriebsantrag für das Haushaltsjahr 2021 in der vom Forstamt vorgelegten Form.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Sachstand Ostpark

Der Vorsitzende wies auf das größte Projekt des Umweltamtes im Jahr 2021 hin.

Frau Klein von der Grünflächenabteilung des Umweltamtes stellte den Ratsmitgliedern den Zwischenstand der Planungen des Ostparks dar, inklusive dem Projekt Schwanenweiher.

Es sei wichtig den Ostpark zu erhalten und weiter zu entwickeln, da dies die einzige größere Grünfläche unmittelbar neben der Innenstadt im Osten von Landau darstellt.

Bei dem Ostpark handle es sich um ein Relikt aus der Festungszeit. Dieser wurde früher als Überflutungskessel genutzt, daher auch der zentral gelegene Schwanenweiher.

Der Ostpark selbst ist gesamt 3ha groß, hiervon nimmt der Schwanenweiher 1ha in Anspruch. Seit den letzten 15 -20 Jahren bestanden sehr große Probleme mit dem Schwanenweiher, da dieser im Sommer regelmäßig umgekippt wäre. Der Fischbestand besteht aus 95% Blaubandbärblingen, bei denen es sich um Neozoen handelt, die nicht in unseren heimischen Gewässern toleriert werden sollten, da diese u.a. den Lebensraum für heimischen Fische verknappen würden. Der Zustand des Schwanenweihers sei nicht gut, da es keinen natürlichen Uferbereich gibt, das Wasser sehr trübe und stark belastet sei. Und zum Überfluss würde der Gansbestand zunehmend höher werden (an einem Tag wurden über 50 Gänse gezählt).

Es wurde bisher sehr viel Zeit in Gespräche investiert um mit verschiedenen Personengruppen deren Wünsche/Anregung an den Ostpark abzufragen. Das Ziel sei die Aufenthaltsqualität zu erhöhen indem u.a. das Gelände ansprechend gestaltet wird, Wege saniert, und mehr Bänke aufstellt werden.

Der von der Planungsseite kritischste Punkt wäre der Schwanenweiher. Nach ersten Untersuchungen musste dieser als „löchriger Sieb“ deklariert werden, rund 5/6 der benötigten Wassermenge versickern in den Untergrund. Daher wurde im Jahr 2013 ein Grundwasserbrunnen im Süden des Parks gebohrt, allerdings gleicht der Brunnen nicht die verlorene Wassermenge aus. Die Konsequenz daraus ist, dass der Weiher abgedichtet werden müsse und dadurch der Wasserverbrauch deutlich reduziert wird. Die Kosten für die Sanierung des Schwanenweihers betragen rund 1/3 der gesamten Projektkosten.

Es war zunächst geplant die Wasserfläche um rund 22% zu verkleinern um eine größere Uferfläche zu erhalten. Dadurch wäre die Verdunstung verringert worden. Allerdings hatte der Denkmalschutz berechtigte Bedenken, die Wasserfläche zu verkleinern, da diese im Ursprung deutlich größer war als bisher und daher in Ihrer Ausdehnung erhalten werden sollte. Daher wurde ein Kompromiss gefunden, so dass nun an der Nord-West Seite ein größeres Ufer angelegt wird und die Gewässergröße ansonsten belassen wird.

Der im Park befindliche Spielplatz wird zum einen deutlich vergrößert, und zum anderen aufgewertet, in dem noch ein Wasserspielplatz in dem Bereich des Brunnens/ Wasserlaufs eingeplant wurde.



Im Westen des Parks sind Bewegungsmöglichkeiten für Jugendliche/Erwachsene, im Süd/Westen eine „Chill-Area“ vorgesehen. In diesem Bereich wird an der Rheinstraße auch eine neue Bushaltestelle hergestellt. Flankierend wird auch eine öffentliche Toilette eingerichtet.

Positive mündliche Rückmeldung wurde von der Förderbehörde gegeben, der Förderbescheid wird bis Jahresende erwartet. Die Baukosten belaufen sich auf rund 2,8 Mio. Euro und die Baunebenkosten belaufen sich auf rund 1 Mio. Euro. Die Stadt hat hier einen 10% Eigenanteil zu leisten, was voraussichtlich mit rund 400.000,- Euro zu beziffern sein wird.

Um in dem Zeitplan zu bleiben haben wurde der vorzeitige Baubeginn beantragt, da bereits im Januar 2021 mit dem Trockenlegen des Weihers begonnen werden soll. Die gesamte Sanierung wird voraussichtlich bis Anfang 2023 andauern.

Ratsmitglied Herr Neumann regte an, nach dem Vorbild von dem Südpark auch im Ostpark eine sogenannte Büchertelefonzelle aufzustellen. Des Weiteren wollte er wissen, was mit den Fischen passiert und wie mit den Gänsen während dem Umbau umgegangen wird.

Frau Klein nahm den Vorschlag mit der Büchertelefonzelle auf. Bezüglich des Wasserablassen wird es eine passive Phase geben, bei der das Wasser in den Kanal (bis der Wasserstand die Kanalunterrohr Kante erreicht hat) geleitet wird. Während dieser Phase wird begonnen, die Fische abzufischen. Daran anschließend wird das Restwasser durch Pumpen in den Kanal geleitet. Während diesem Vorgang wird eine Gruppe von Anglern den größten Teil der Fische einsammeln. Die heimischen Fische werden in Gewässer umgesetzt. An das Reptilium Landau werden die Blaubandbärblinge weitergegeben um diese als Futter zu verwerten. Bezüglich der Gänse besteht die Hoffnung, dass diese an andere Stellen ausweichen, auch da diese Tiere die Wasserqualität deutlich verschlechtern. Daher bleibt auch zu hoffen, dass nach dem Umbau keine bzw. nur noch wenige Gänse zurückkehren.

Ratsmitglied Frau Fischtmüller wollte wissen, wie genau die Abdichtung erfolgt, bzw. was es mit dem Kalken zu tun hat, und ob der Schwanenweiher eine Nachsorge bekommt z.B. in einem Uniprojekt. Ebenfalls wollte Sie wissen ob an Maßnahmen gedacht wurden, die verhindern dass der Weiher umkippt.

Frau Klein erläuterte, dass das Kalken dazu dient, die Mineralisierung der Schlammschicht zu beschleunigen und die Geruchsdauer zu minimieren. Nach der Mineralisierung kann der Boden dann wieder im erforderlichen Umfang eingebaut werden. Für die Abdichtung wird der Einbau Bentonitmatten vorgenommen. Auf diese Betonitmatten wird als Schutzsicht dar zuvor entnommene und zwischengelagerte mineralisierte Schlamm aufgetragen. Am Randbereich werden zusätzlich zur Abdichtung Tonmatten verbaut. Bezüglich der Nachsorge, wurde inzwischen ein Kontrollsystem im Weiher eingebaut, dies misst regelmäßig den Sauerstoffgehalt und die Temperatur.

Herr Schmalz fragte nach, wie viel Ton und Kalk für den Weiher benötigt wird und was danach mit dem Schlamm vorgesehen ist.

Daraufhin antwortete Frau Klein, das rund 10 Tonnen Branntkalk auf den Schlamm eingebracht werden müssen und dieser dadurch mineralisiert.



Herr Sögding begrüßt das Vorgehen, da diese Maßnahme das Stadtklima deutlich verbessern würde. Er wollte wissen, wie die Blaubandbärbling ins Gewässer kamen und ob geplant ist heimische Raubfische wie z.B. Hecht in den Weiher zu verbringen, um einem Umkippen durch Überpopulation entgegenzuwirken.

Frau Klein antwortete, dass zu vermuten sei, dass die Blaubandbärblinge über die Queich- Speisung in den Weiher gekommen sind. Bezüglich der Hechte werden am Randbereich Schutzräume für die kleineren Hechte geschaffen, in denen diese sich verstecken und entwickeln können. Im Zuge der Sanierung wird eine technische Feuchtzonen und Helophyten Zonen eingebaut, damit eine dauerhafte Wasserverbesserung gefördert wird. Mit der Sanierung besteht hier die Möglichkeit derartige Bereiche einzubauen, um eine positive Eigendynamik im Gewässer zu fördern. Mit dem zukünftigen Fischbestand wird umsichtig umgegangen, jedoch wird bei einem Besatz auf eine Ausgewogenheit, auch mit Blick auf Raubfische, geachtet werden.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Verschiedenes

Der Vorsitzende kündigte an, dass die Deutsche Bahn plant entlang ihrer Bahngleise Verkehrssicherungsmaßnahmen durchzuführen. Betroffen wären rund 260 Bäume. Die Stadtverwaltung ist mit dieser Maßnahme nicht einverstanden kann sie aber nur im Rahmen der Zuständigkeit Einfluss nehmen.

Ortsbildprägende Bäume werden in die städtische Pflege übernommen. Dies wird die Stadt Landau in Zukunft jährlich ca. 1250 € kosten.

Die Deutschen Bahn plant die Maßnahme bis Februar nächsten Jahres abzuschließen.

Des Weiteren teilte der Vorsitzende mit, dass Herrn Matthias Doll mit Wirkung vom 15. Oktober 2020 die Stelle der Amtsleitung des Umweltamtes übertragen bekam.



Die Niederschrift über die 4. Sitzung des Umweltausschusses der Stadt Landau in der Pfalz am 04.11.2020 umfasst 6 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 16.

Vorsitzender

Lukas Hartmann

Henrik Hamm
Schriftführer